

Fact Sheet: Paket zur Steuertransparenz

15. Juli 2014	Jean- Claude Juncker stellt die Politischen Richtlinien der nächsten Europäischen Kommission vor, in denen die Steuertransparenz nicht inbegriffen wird.
5. November 2014	Journalisten decken ein System zur Steuervermeidung in Luxemburg auf, das als "Luxleaks" bekannt wird.
16. Dezember 2014	Das veröffentlichte Arbeitsprogramm der EU-Kommission beinhaltet zwei Initiativen zur gerechteren Besteuerung.
18. Dezember 2014	Der EU-Rat fordert die EU-Kommission auf Gesetzesvorschläge zum automatischen Austausch von Steuerinformationen innerhalb der EU vorzubereiten.
18. März 2015	Die EU- Kommission veröffentlicht ein Paket zur Steuertransparenz.
25.-26. Juni 2015	Bei dieser Gelegenheit wird der EU –Rat über den Fortschritt der Diskussion zum Vorschlag der EU-Kommission in den EU-Mitgliedstaaten beraten.
6. Oktober 2015	Die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf einer Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister in Luxemburg einstimmig auf den automatischen Austausch von Informationen über grenzüberschreitende Steuervorbescheide geeinigt.
1. Januar 2017	Geplantes Inkrafttreten des Gesetzes.

Ziele

Dieses Paket ist Teil der Agenda zur Bekämpfung von Steuervermeidung durch Unternehmen und von schädlichem Steuerwettbewerb in der EU.

Argumentation

Dies ermöglicht den Mitgliedstaaten, bestimmte missbräuchliche Steuerpraktiken von Unternehmen aufzudecken und die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Der automatische Informationsaustausch von Steuerbescheiden wird die Transparenz und Zusammenarbeit erhöhen und so die aggressive Steuerplanung und missbräuchliche Steuerpraktiken wirksam eindämmen.

Kernpunkte

- Gesetzesvorschläge zum automatischen Informationsaustausch von Steuerbescheiden zwischen Mitgliedstaaten.
- Zum Transparenzpaket gehört auch eine Mitteilung, in der weitere Initiativen zur Steuertransparenz genannt werden:
 - Prüfung etwaiger neuer Transparenzanforderungen an multinationale Unternehmen
 - Reform des Verhaltenskodexes für die Unternehmensbesteuerung
 - Quantifizierung des Ausmaßes von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung
 - Aufhebung der Zinsbesteuerungsrichtlinie

Hauptakteure

Europäische Kommission; Europäischer Rat; EU-Mitgliedstaaten; Europäisches Parlament